

EU rügt Umgang mit Verschleppung

Menschenhandel Neue Studie zeigt Versäumnisse

Von Anja Ingenrieth
und Stefan Hantzschmann

■ **Brüssel.** Die Verschleppung von Kindern und Frauen hat in der Europäischen Union zugenommen; die Zahl der verurteilten Täter hingegen ist gesunken. Das geht aus einer EU-Studie hervor, die mit einem Schlag die Versäumnisse von 21 EU-Ländern – darunter auch Deutschland – offenbarte: Bis zum 6. April hätten alle Mitgliedstaaten eine Richtlinie in nationales Recht überführen müssen – nur sechs sind den Vorgaben nachgekommen.

Die Brüsseler Innenkommissarin Cecilia Malmström drohte Deutschland und 20 anderen EU-Staaten mit einem Vertragsverletzungsverfahren. Die EU-Richtlinie soll helfen, Menschenhandel effektiver zu bekämpfen und die Rechte der Opfer zu stärken. Bisher ist sie nur in Polen, Tschechien, Ungarn, Finnland, Schweden und Lettland rechtlich verankert. Deshalb schlug Malmström Alarm.

Die EU-Statistiken zeigen, wie groß der Handlungsbedarf ist. Demnach ist die offizielle Zahl der Opfer von Menschenhandel zwischen 2008 und 2010 um 18 Prozent gestiegen: von 6309 auf 7418. Zugleich ging die Zahl der verhafteten Schlepper massiv zurück: Von 1534 auf 1339 – das entspricht 13 Prozent. Die Zahlen der EU-Statistikbehörde Eurostat

seien nur „die Spitze des Eisbergs“, erklärte die EU-Innenkommissarin. Es sei von einer viel höheren Dunkelziffer auszugehen.

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation gibt es in der EU rund 880 000 Opfer. Innerhalb der EU kommen die meisten aus Rumänien und Bulgarien.

Als Hauptgründe für Menschenhandel nennt die EU-Behörde Zwangsprostitution und Zwangsarbeit. Doch auch der Handel mit Kindern und Organen wird offenbar immer lukrativer.

Die Umsetzung der EU-Richtlinie in Deutschland hakt, weil sich Union und FDP nicht auf ein schärferes Strafrecht einigen konnten. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) und Innen-

minister Hans-Peter Friedrich (CSU) sind uneins. Der deutsche Regierungssprecher Steffen Seibert betonte, Deutschland verfüge über zahlreiche Regelungen, um den Menschenhandel zu verfolgen.

Die Frauenrechtlerin Lea Ackermann von der Bopparder Organisation Solwodi kritisierte die Versäumnisse der Regierung im Interview mit unserer Zeitung scharf: „Es ist ungeheuerlich, wie wenig der Staat gegen Menschenhandel tut.“ Sie fordert auch, das illegal erworbene Geld an Opfer und Hilfsorganisationen zu verteilen.

Mehr auf Politik



„Es ist ungeheuerlich, wie wenig der Staat gegen Menschenhandel tut.“

Lea Ackermann, Gründerin der Organisation Solwodi

Menschenhandel soll sich nicht mehr lohnen

Interview Verschleppung osteuropäischer Frauen nimmt zu – Lea Ackermann fordert mehr Rechte für die Opfer

■ **Rheinland-Pfalz.** Menschenhandel in der Europäischen Union nimmt unvermindert zu – auch in Deutschland. Das geht aus einer aktuellen EU-Studie hervor. Die Zahl der Opfer ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Für die Frauenrechtlerin Lea Ackermann ist diese Entwicklung keine Überraschung. Mit ihrer Organisation Solwodi berät und unterstützt sie von Boppard aus seit 1985 Frauen, die Opfer von Gewalt, Zwangsehen und Zwangsprostitution wurden. Im Interview mit unserer Zeitung spricht die 76-Jährige über die Maschen der Menschenhändler und kritisiert die deutsche Praxis im Umgang mit den Opfern scharf.

Menschenhandel in der EU hat zugenommen, die Zahl der verurteilten Händler ist hingegen gesunken. Überrascht Sie dieses Ergebnis?

Nein. Das war für uns keineswegs überraschend. Es ist ungeheuerlich, wie wenig der Staat gegen

Menschenhandel tut. Noch erschreckender ist, wie man hierzulande mit den Opfern umgeht.

Inwiefern?

In Deutschland werden die Betroffenen, die ja oft aus Osteuropa kommen, so schnell es geht, wieder abgeschoben. Außerdem fehlt es an sicheren Räumen für Frauen, die eine Aussage gegen Menschenhändler machen wollen. Diese Frauen sind in sehr großer Gefahr, denn in Gerichtsprozessen ist ihre Aussage oft das wichtigste Beweismittel. Ein weiteres Problem ist, dass viele Betroffene von Angeboten wie unserem nicht erfahren, weil das Thema schlecht kommuniziert wird. Sie müssen sich das ja einmal vorstellen: Diese Frauen kommen in ein völlig fremdes Land und kennen niemanden hier. Sie sprechen die Sprache nicht, wissen nicht, wo sie sich Hilfe holen können, und meistens wird ihnen der Pass von den Tä-

tern weggenommen. Es ist für die Betroffenen ganz schwer, aus eigener Kraft da herauszukommen. Wenn sie es schaffen, sind sie oft stark traumatisiert.

Mit welchen Methoden gehen die Menschenhändler vor?

Den Frauen wird ein besseres Leben in einem reichen Land wie Deutschland versprochen. Die Täter stellen den Mädchen einen sicheren Arbeitsplatz und hohes Gehalt in Aussicht. Manchmal wird den Frauen auch erzählt, dass sie nur drei Monate in einem Bordell arbeiten müssen, um 5000 bis 10 000 Euro zu bekommen. Wenn sie dann in Deutschland ankommen, sagt man ihnen, dass sie sich durch die Reise fürchterlich hoch verschuldet haben und diese Schulden durch Prostitution abarbeiten müssen – zu schlechteren Konditionen als vorher besprochen. Von dem Geld sehen sie am Ende nichts. So verdienen Menschen-

händler in Bordellen pro Frau etwa 35 000 Euro im Monat.

Die Frauen können sich an eine ihrer Beratungsstellen wenden ...

Das tun sie teilweise auch, wenn sie denn davon erfahren. Manchmal erfahren sie von anderen Frauen von solchen Angeboten oder über die Medien. Aber schauen Sie: Vor einigen Jahren hatten wir bei uns eine 17-Jährige, die neun Monate lang in einem Großbordell eingesperrt war und während dieser Zeit nicht einmal das Tageslicht gesehen hat. Diese Mädchen werden von der Umwelt abgeschirmt.

Immer wieder ist von Razzien im Rotlichtmilieu zu hören. Trotzdem werden immer weniger Menschenhändler verurteilt. Wie kann das sein?

Leider werden die Täter sehr oft gewarnt. Die Bordellbetreiber evakuieren vor einer anstehenden Razzia ihren Laden. Wir hatten ein-

mal eine Frau bei uns, die fünf Razzien erlebte und jedes Mal vorher weggebracht wurde. Bei der sechsten kam die Polizei dann wirklich überraschend und holte sie heraus.

Wie kann man gegen Menschenhandel vorgehen?

Ich würde mir wünschen, dass Deutschland endlich die EU-Richtlinie umsetzt. Das wäre ein großer Fortschritt. Ich kann nicht verstehen, warum das noch nicht geschehen ist. Dann würden die Opfer des Menschenhandels endlich einen Aufenthaltstitel bekommen, könnten die Sprache lernen und Arbeit finden. Außerdem müssen wir beginnen, den Bordellbesitzern das Geld zu nehmen, damit ihr Geschäft unlukrativ wird. Dieses Geld müssen wir den Opfern geben und den Organisationen, die sich für ihre Rechte einsetzen.

Das Gespräch führte
Stefan Hantzschmann